



IW-Trends 1/2022

Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie in Deutschland

Michael Grömling / Tobias Hentze / Holger Schäfer

Vorabversion aus: IW-Trends, 49. Jg. Nr. 1
Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Verantwortliche Redakteure:
Prof. Dr. Michael Grömling, Telefon: 0221 4981-776
Holger Schäfer, Telefon: 030 27877-124
groemling@iwkoeln.de · schaefer.holger@iwkoeln.de · www.iwkoeln.de

Die IW-Trends erscheinen viermal jährlich, Bezugspreis € 50,75/Jahr inkl. Versandkosten.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über
lizenzen@iwkoeln.de.

ISSN 0941-6838 (Printversion)
ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2022 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH
Postfach 10 18 63, 50458 Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-452
Fax: 0221 4981-445
iwmedien@iwkoeln.de
www.iwmedien.de

Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie in Deutschland: Eine ökonomische Bilanz nach zwei Jahren

Michael Grömling / Tobias Hentze / Holger Schäfer, März 2022

Zusammenfassung

Die Corona-Pandemie bestimmt zwei Jahre nach ihrem erstmaligen Auftreten in Deutschland nach wie vor das gesellschaftliche und ökonomische Leben. Selbst wenn im Jahresverlauf 2022 die gesamtwirtschaftliche Leistung wieder das Vorkrisenniveau erreicht, entstehen weiterhin Einbußen im Vergleich zu einem Zustand ohne die Pandemie. Eine erste ökonomische Bilanz der Corona-Pandemie verbucht eine robuste Arbeitsmarktentwicklung. Über das Jahr 2021 war größtenteils ein Aufbau an Beschäftigung und ein Abbau an Arbeitslosigkeit zu beobachten und die aktuellen Niveaus liegen nahe am Vorkrisenstand. Einzig der Blick auf die Langzeitarbeitslosen trübt die Arbeitsmarktbilanz. Aufgrund der Arbeitsmarkterholung gab es zuletzt bei den Arbeitsentgelten sowie bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen keine Defizite gegenüber dem Vorkrisenniveau, allerdings gegenüber einer kontrafaktischen Entwicklung ohne die Pandemie. In den vergangenen beiden Jahren können die realen Wertschöpfungsausfälle in Deutschland auf knapp 340 Milliarden Euro veranschlagt werden. Dabei kam es zu Konsumeinbußen von rund 300 Milliarden Euro. Hätte es die Pandemie nicht gegeben, dann wären die Investitionen um gut 60 Milliarden Euro höher ausgefallen. Pandemiebedingte Staatsausgaben und der Außenhandel dämpften im zweiten Corona-Jahr die Nachfrageausfälle merklich ab. Die Pandemie hat die Konsolidierung des deutschen Staatshaushalts abrupt unterbrochen. Das Haushaltsdefizit stieg infolge einbrechender Steuereinnahmen und gleichzeitig ansteigender Staatsausgaben stark an. Im Vergleich zur globalen Finanzmarktkrise mit einer Schuldenstandsquote von 82 Prozent fällt die aktuelle Staatsverschuldung mit knapp 70 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts deutlich geringer aus.

Stichwörter: Corona-Pandemie, Arbeitsmarkt, Konjunktur, Staatshaushalt

JEL-Klassifikation: E2, E32, E6, I15

DOI: 10.2373/1864-810X.22-01-03

Multiple Anpassungslasten durch die Corona-Pandemie

Seit zwei Jahren hat die Corona-Pandemie die Gesellschaften und Ökonomien rund um den Globus fest im Griff. Es wurde im ersten Quartal 2020 schnell erfahrbar, dass sich die damit unmittelbar einhergehenden ökonomischen Anpassungslasten deutlich von jenen vorheriger Krisen unterscheiden werden (Bardt et al., 2020).

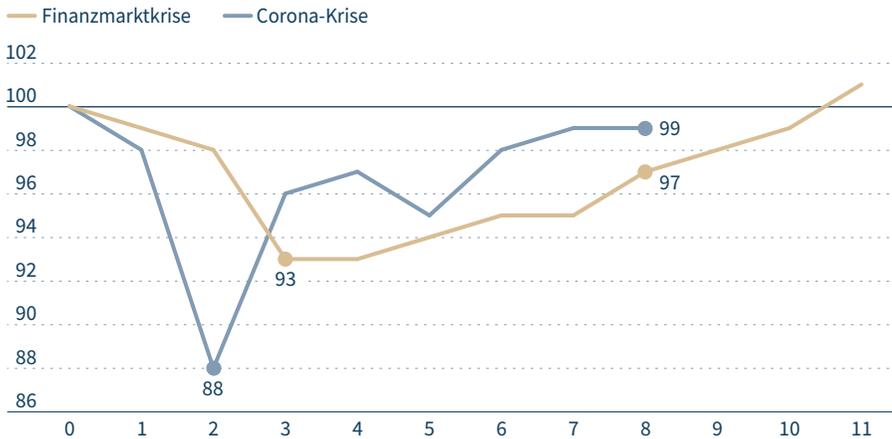
Weltwirtschaftskrise: Im Gegensatz zu anderen Rezessionen – wie etwa der Finanzmarktkrise von 2008/2009 – gab es im globalen Rahmen zunächst kein ökonomisches Gegengewicht. Allein China konnte im Jahresverlauf 2020 bereits kräftige Impulse für die Weltwirtschaft und die Erholung des Welthandels setzen. Abgesehen von der globalen Stagnation im Jahr 2009 kam es erstmals in den letzten Dekaden zu einem Einbruch der gesamten Weltwirtschaft – das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank um gut 3 Prozent. In den fortgeschrittenen Ländern ging die Wirtschaftsleistung um 4 ½ Prozent zurück und in den aufstrebenden Volkswirtschaften gab sie mit –2 Prozent erstmals überhaupt nach. Infolge der im Zeitablauf unterschiedlich intensiven Betroffenheit durch die mittlerweile fünf Infektionswellen kam es zu ständigen Unterbrechungen der wirtschaftlichen Erholung und Normalisierung in den Weltregionen und Ländern. Viele Volkswirtschaften befinden sich seit zwei Jahren in einem ständigen Stop-and-go. Abbildung 1 zeigt in diesem Kontext zum einen die außerordentliche Fallhöhe des realen BIP in Deutschland im Frühjahr 2020 – im Vergleich mit der globalen Finanzmarktkrise von 2008/2009 – und die danach einsetzenden Erholungen und Rückschläge.

Angebots- und Nachfrageschock: Vorhergehende Konjunkturkrisen wurden meist durch einen spezifischen Schock (z. B. einen Nachfrageausfall infolge der globalen Finanzmarktkrise) ausgelöst. Dagegen sorgte die Pandemie für erhebliche und simultane Belastungen auf der Angebots- und Nachfrageseite der Volkswirtschaft. Die Infektionswellen und die darauf reagierenden gesundheitspolitischen Maßnahmen beeinträchtigen immer wieder aufs Neue die Produktionsprozesse – weil Mitarbeiter fehlen und es vor allem im Jahresverlauf 2021 in vielen Branchen zu gestörten Zulieferungen von Vorleistungen kam. Betriebliche Flexibilitäten, etwa durch Homeoffice, konnten noch stärkere Einbußen vermeiden (Eberly et al., 2021). Der Lockdown führte besonders bei den personennahen Dienstleistungen zu bislang ungeahnten Nachfrageausfällen. Investitionen wurden infolge der hohen Verunsicherungen zurückgehalten und dies intensivierte den Nachfrageschock.

Krisenverläufe in Deutschland im Vergleich

Abbildung 1

Verlauf des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten Bruttoinlandsprodukts in den Quartalen nach Ausbruch der Krise¹⁾; Index: Vorkrisenquartal 0 = 100



1) Vorkrisenquartal der Finanzmarktkrise (2. Quartal 2008) und der Corona-Krise (4. Quartal 2019).
Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 1: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/ZSrFgjbjSLwtnky>

Industrie- und Dienstleistungsschock: Die Pandemie hatte über die vielfältigen Angebots- und Nachfrageeffekte zunächst weite Teile des Branchengefüges der Volkswirtschaft gleichzeitig getroffen. Bisherige Konjunkturkrisen waren zumindest in Deutschland meist Industriekrisen. Neben dem starken Einbruch der industriellen Wertschöpfung im Frühjahr 2020 ging auch die Geschäftstätigkeit im Dienstleistungssektor erstmals in den letzten sieben Dekaden kräftig zurück (s. unten ausführlich). Diese breite branchenmäßige Betroffenheit infolge der Pandemie erklärt ebenfalls den erheblich stärkeren Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Leistung im Frühjahr 2020 im Vergleich zur Finanzmarktkrise. Während die Einbrüche in der Industrie in den beiden in Abbildung 1 dargestellten Krisen mehr oder weniger gleich stark waren, ging die Wertschöpfung im Dienstleistungssektor während der Finanzmarktkrise deutlich weniger zurück und sie stabilisierte die Gesamtwirtschaft in einem hohen Ausmaß. Nach dem ersten Einbruch zu Beginn der Corona-Pandemie zeigten sich in den Wirtschaftssektoren unterschiedlich andauernde und ausgeprägte Erholungsrhythmen.

Multiple Verunsicherungen: Das Auf und Ab im Gefolge der nunmehr fünf Infektionswellen hat immer wieder die Hoffnungen auf eine andauernd einsetzende Erholung und Normalisierung gestärkt und zerstört. Nach den anfänglichen Verunsicherungen hinsichtlich der Gefährlichkeit der Infektionskrankheit und der Entwicklungschancen von Impfstoffen kam es danach zu Ungewissheiten über die Impferfolge und das dadurch mögliche Zurückdrängen der Pandemie. Neu auftretende Virusmutationen sorgten für weitere Unwägbarkeiten. Ökonomische Herausforderungen, wie die Störungen der globalen Logistik, verzögerte Zulieferungen von essenziellen Vorleistungen sowie stark ansteigende Energie- und Erzeugerpreise lösten weitere Verunsicherungen und defensives Verhalten aus (Bardt/Grömling, 2022). Wirtschaftspolitisch wurden zwar mithilfe umfangreicher Konjunkturpakete auch die Erwartungen der Unternehmen stabilisiert. Gleichwohl sorgte die Politik vor allem in Zeiten neu aufflammender Infektionswellen für eine oftmals eingeschränkte Planungssicherheit in den Unternehmen.

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Entwicklungen wird in dem folgenden Beitrag eine erste ökonomische Bilanz der Corona-Pandemie für Deutschland gezogen. Zunächst wird eine Schätzung zu den gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungsausfällen infolge der Pandemie vorgelegt und mit jenen der globalen Finanzmarktkrise von 2008/2009 verglichen. Der Betrachtungszeitraum umfasst die bis dato vorliegenden acht Quartale der beiden Corona-Jahre 2020 und 2021. Nachdem die bisherigen Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt betrachtet werden, richtet sich anschließend der Blick auf die Entstehungs-, Einkommens- und Nachfrageseite der Volkswirtschaft. Schließlich werden die unterschiedlichen Effekte der Pandemie auf den Staatshaushalt in Deutschland dargestellt. Die vielfältigen Dimensionen einer umfassenden Wohlstandsbewertung der Pandemie oder ihre langfristigen Auswirkungen auf das Produktionspotenzial (Grömling, 2021) werden in dem vorliegenden Beitrag nicht thematisiert.

Modellrechnung zu den Kosten der Pandemie

Infolge der in Abbildung 1 dargestellten starken Einbrüche beim realen BIP in Deutschland im Frühjahr 2020 und der beiden eingetretenen Rückschläge im Winterhalbjahr 2020/2021 und im Schlussquartal 2021 haben sich mittlerweile erhebliche wirtschaftliche Kosten akkumuliert. Um diese Einbußen zu beziffern, kann ein Vergleich mit der Wirtschaftsleistung vor der Pandemie herangezogen werden.

Dies könnte zum Beispiel gegenüber dem vierten Quartal 2019 (100-Linie in Abbildung 1) oder gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2019 erfolgen. Dabei wird allerdings nicht in Rechnung gestellt, dass sich das Wirtschaftsleben ohne die Pandemie weiterentwickelt hätte – und wahrscheinlich nicht auf dem Niveau von Ende 2019 stehengeblieben wäre. Freilich ist es denkbar, dass es auch ohne die Pandemie zu einer Rezession im Jahr 2020 gekommen wäre. Die Prognosen für Deutschland für das Jahr 2020 waren jedenfalls zum Jahresende 2019 – als eine Pandemie für die meisten Menschen undenkbar erschien – eher moderat. Zuvor, in den Jahren 2018 und 2019, hatte das Konjunkturtempo in Deutschland empfindlich nachgelassen. Die deutsche Industrie befand sich seit 2018 in einer Rezession und die Wertschöpfung der unternehmensnahen Dienstleister stagnierte. Zum einen war dies die Folge einer zyklischen Normalisierung nach einer hochausgelasteten Industriekonjunktur. Zum anderen belasteten Protektionismus und geopolitische Verunsicherungen die globale Investitionstätigkeit mit entsprechend dämpfenden Effekten auf den deutschen Export. Gemäß der IW-Prognose vom Dezember 2019 wurde für das Jahr 2020 gleichwohl ein positives Wachstum des realen BIP in Höhe von knapp 1 Prozent erwartet (Bardt et al., 2019).

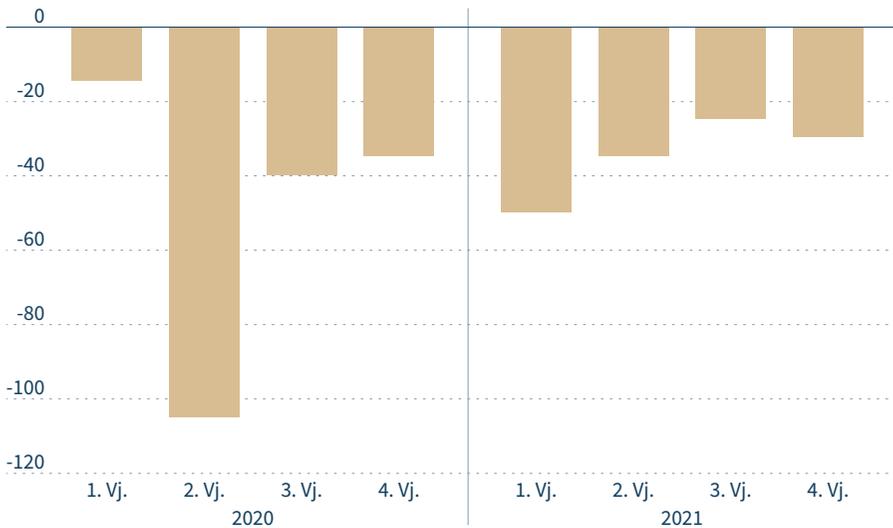
Vor diesem Hintergrund wird für eine Schätzung der coronabedingten Wertschöpfungsverluste in Deutschland der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung in den vergangenen beiden Corona-Jahren (s. Abbildung 1) ein kontrafaktischer Konjunkturverlauf gegenübergestellt (Grömling, 2022). Dabei wird ein ökonomisches Umfeld unterstellt, in dem es Corona nicht gibt. Es wird – aufbauend auf der IW-Prognose vom Dezember 2019 (Bardt et al., 2019) – davon ausgegangen, dass es im Jahr 2020 nicht zu einer Rezession in Deutschland gekommen wäre. Diese Prognose wird dann für das Jahr 2021 mit einem Verlaufstempo fortgeschrieben, das sich im Großen und Ganzen an der trendmäßigen Konjunkturdynamik in der Vergangenheit orientiert. Eine solche Gegenüberstellung kann eine grobe Orientierung für die bislang aufgelaufenen Wirtschaftsverluste infolge der Pandemie bieten (für eine ähnliche Vorgehensweise s. etwa European Commission, 2021, 17).

Aus der Gegenüberstellung der beiden Prognoseverläufe – zum einen ohne Corona-Pandemie (kontrafaktische Vergleichsbasis) und zum anderen nach tatsächlichem Stand (s. Abbildung 1) – ergibt sich für Deutschland bis Ende 2021 ein Verlust an preisbereinigtem BIP in Höhe von knapp 340 Milliarden Euro. Dabei

Wertschöpfungsverluste durch die Corona-Pandemie in Deutschland

Abbildung 2

Vierteljährliche Einbußen beim realen Bruttoinlandsprodukt¹⁾ in Milliarden Euro



1) Tatsächlicher Verlauf des realen Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zu einem kontrafaktischen Verlauf ohne Pandemie (berechnet auf Basis 4. Quartal 2019). Gerundete Werte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/XNMJN7As3nRExLi>

werden die in Abbildung 2 dargestellten Werte über die vergangenen acht Quartale aufsummiert. Um den Charakter einer groben Orientierungsrechnung zu unterstreichen, werden gerundete Werte ausgewiesen. Demnach entfallen auf das erste Corona-Jahr 2020 gut 195 Milliarden Euro (preisbereinigt). Rund die Hälfte davon resultierte allein aus dem starken Wirtschaftseinbruch im zweiten Quartal. In diesem Krisenquartal war auch auf Basis faktischer Werte gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ein Rückgang in Höhe von fast 80 Milliarden Euro (in laufenden Preisen) zu verzeichnen. Für das Jahr 2021 belaufen sich die geschätzten Einbußen gegenüber einem kontrafaktischen Konjunkturverlauf auf knapp 145 Milliarden Euro. Es wird im Weiteren noch darauf eingegangen, dass der Staatskonsum und vor allem der Außenhandel im zweiten Corona-Jahr die gesamtwirtschaftlichen Einbußen merklich abdämpften.

Die vorliegende Verlustbilanz umfasst die Entwicklung bis zum Jahresende 2021. Auch in den darauffolgenden Quartalen wird es im Vergleich mit einem kontrafaktischen Verlauf zu beträchtlichen Einbußen kommen. Insgesamt ist bei dieser Betrachtungsweise zu betonen, dass es auf absehbare Zeit deutliche Lücken im Vergleich zu einer Wirtschaftsleistung in einer kontrafaktischen Welt ohne Corona geben wird – selbst wenn im Jahr 2022 das Vorkrisenniveau vom vierten Quartal 2019 (oder vom Jahresdurchschnitt 2019) wieder erreicht werden sollte.

Um die bisher aufgelaufenen Wertschöpfungsausfälle infolge der Pandemie für Deutschland zu bewerten und einzuordnen, kann ein Vergleich mit den Einbußen infolge der globalen Finanzmarktkrise von 2008/2009 gezogen werden. Auch hierfür wird ein kontrafaktischer Konjunkturverlauf unterstellt, der sich am langfristigen durchschnittlichen Quartalswachstum orientiert. Der Beginn der globalen Finanzmarktkrise wird auf das dritte Quartal 2008 gelegt. Zwar war bereits vorher ein Rückgang des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP zu verzeichnen und die Finanzmarktprobleme waren schon im Sommer 2007 ein zentrales Thema. Im dritten Quartal 2008 kam es allerdings mit dem Insolvenzantrag der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers zu einem Schlüsselereignis und das BIP in Deutschland ging merklich zurück (s. Abbildung 1). Bezogen auf die ersten acht Quartale (3. Quartal 2008 bis einschließlich 2. Quartal 2010) beliefen sich damals die geschätzten Wertschöpfungsausfälle in Deutschland preisbereinigt auf 390 Milliarden Euro. Sie lagen damit rund 50 Milliarden Euro höher als im bisherigen Vergleichszeitraum der Corona-Krise. Das liegt im Wesentlichen daran, dass es nach dem deutlich weniger starken Einbruch vom ersten Quartal 2009 jedoch zu einer über ein Jahr andauernden Stagnationsphase auf dem niedrigen Krisenniveau kam. Im Gegensatz dazu erholte sich die deutsche Volkswirtschaft bereits im dritten Quartal 2020 sehr stark und damit wurde die Lücke zum kontrafaktischen Verlauf schneller vermindert. Durch die langanhaltende Depression beliefen sich allein die Ausfälle im Jahr 2009 auf 240 Milliarden Euro. Bis zum ersten Quartal 2011 – als das Vorkrisenniveau vom zweiten Quartal 2008 erstmals wieder übertroffen wurde – können die geschätzten Wertschöpfungsausfälle in Deutschland auf preisbereinigt rund 500 Milliarden Euro veranschlagt werden. Auch in der Folgezeit bestanden weitere Wertschöpfungslücken gegenüber einer kontrafaktischen Welt ohne Krise und die langfristigen Gesamtkosten der Finanzmarktkrise dürften sich auf weit mehr als 500 Milliarden Euro belaufen haben.

Auswirkungen auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Der Ausbruch der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 ging mit einem schlagartigen und in diesem Ausmaß bis dahin nicht beobachtbaren Rückgang der Arbeitskräftenachfrage einher. Das Arbeitsvolumen lag im zweiten Quartal 2020 um 10,1 Prozent niedriger als im Vorjahresquartal. Zwar ging auch die Erwerbstätigkeit zurück, doch der weitaus größere Teil des unmittelbaren Rückgangs der Arbeitsnachfrage wurde durch Arbeitszeitverkürzung realisiert. Wäre die Arbeitszeit konstant geblieben, hätte sich durch die geringere Erwerbstätigkeit lediglich ein Rückgang des Arbeitsvolumens von rund 1 Prozent ergeben. Bei konstanter Erwerbstätigkeit hätte sich die Arbeitszeitverkürzung hingegen in einem Rückgang des Arbeitsvolumens von 9 Prozent niedergeschlagen. In den nachfolgenden Quartalen entspannte sich die Lage leicht, das Reaktionsmuster hatte jedoch weiterhin Bestand. Die Anpassung des Arbeitsvolumens erfolgte in Deutschland ganz überwiegend über die Anpassung der Arbeitszeit (Abbildung 3).

Der größte Faktor bei der Verkürzung der Pro-Kopf-Arbeitszeit war die Kurzarbeit. Die Anzahl der Kurzarbeiter stieg von 134.000 Personen im Februar 2020 auf knapp

Arbeitsmarkteffekte der Pandemie in Deutschland

Abbildung 3

Veränderung gegenüber dem Jahr 2019 in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 3: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/sQTe9zFBR76ZJCr>

2,6 Millionen im März 2020 und fast 6 Millionen im April 2020. Im zweiten Quartal 2020 betrug das Ausfallvolumen im Vergleich mit dem Vorjahresquartal 749 Millionen Stunden, was rund der Hälfte des gesamten Rückgangs des Arbeitsvolumens entspricht. Im weiteren Verlauf des Jahres 2020 ging die Anzahl der Kurzarbeiter recht deutlich auf rund 2 Millionen zurück. In der zweiten und dritten Welle der Pandemie stieg sie dann zwar noch einmal auf über 3 Millionen an, sank danach aber kontinuierlich auf unter 600.000 Personen ab. Erst im Verlauf der vierten und fünften Infektionswelle zum Jahresende 2021 war ein erneuter, aber im Vergleich moderater Anstieg auf 900.000 Kurzarbeiter zu beobachten. Die Arbeitszeitvariation über die Kurzarbeit spielte mithin vorrangig bei der Bewältigung des unmittelbaren Schocks eine hervorgehobene Rolle. Im dritten Quartal 2021 lag die Arbeitszeit je Erwerbstätigen nur noch minimal unter dem Stand von 2019.

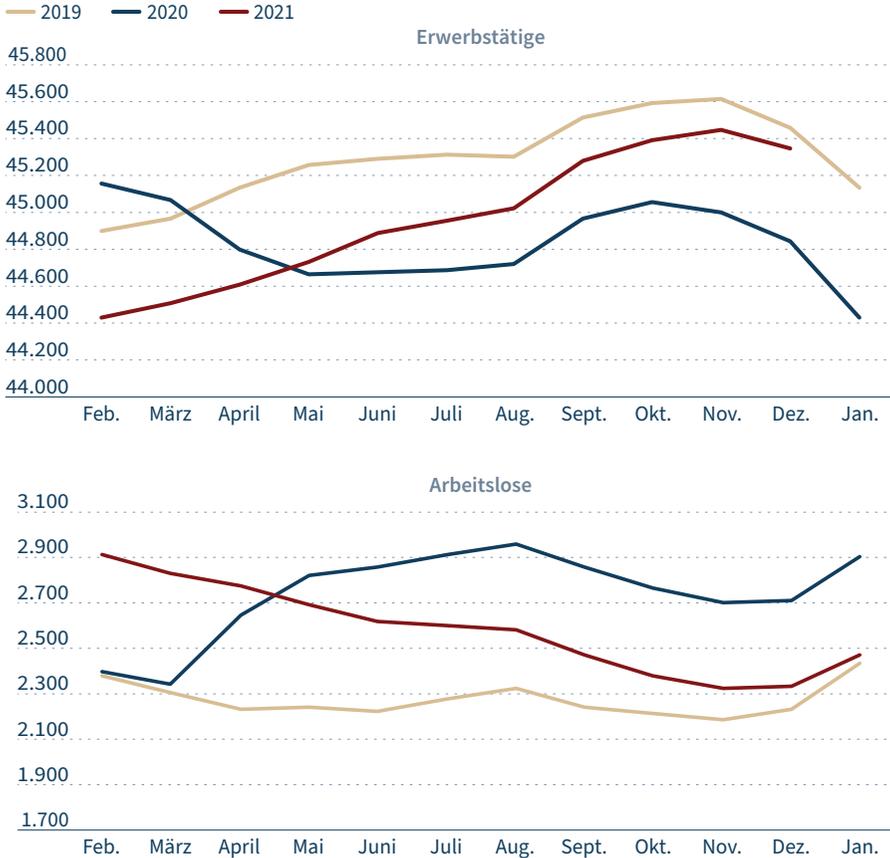
Die Anzahl der Erwerbstätigen sank in den Monaten nach Ausbruch der Pandemie um rund 600.000 gegenüber dem Vorkrisenstand (Abbildung 4, oberer Teil). Auf diesem verringerten Niveau verharrte sie bis in das Frühjahr 2021. Erst ab dem Sommer 2021 begann sich die Lücke zum Vorkrisenstand langsam zu schließen. Die Anzahl der Erwerbstätigen lag im Dezember 2021 aber immer noch leicht unter dem Niveau von 2019. Hinter diesem Verlauf verbergen sich ganz unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Segmenten des Arbeitsmarktes. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung musste zwar zeitweise einen Rückgang von knapp 150.000 Personen gegenüber dem Jahr 2019 hinnehmen, sie stabilisierte sich aber schneller und kräftiger als die Erwerbstätigkeit. Bereits Anfang 2021 wurde der Vorkrisenstand wieder deutlich übertroffen und im November 2021 lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um fast 500.000 Personen über dem Niveau des Jahres 2019. Dies markierte einen historischen Höchststand.

Ganz anders stellte sich die Entwicklung der ausschließlich geringfügigen Beschäftigung dar. Diese sank unmittelbar nach Ausbruch der Pandemie um rund 400.000 Personen. Im Gegensatz zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erholte sie sich jedoch nicht schnell, sondern erfuhr in der zweiten und dritten Welle einen nochmaligen Rückschlag, der im April 2021 in einer Differenz von 570.000 Personen zum Vorkrisenstand mündete. Seitdem ist eine leichte Tendenz zur Erholung feststellbar. Im November 2021 lag die Anzahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten noch um fast 400.000 Personen niedriger als 2019. Das zweite Arbeitsmarkt-

Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Deutschland

Abbildung 4

Saisonbereinigte Werte jeweils vom Februar¹⁾ des angegebenen Jahres bis zum Januar des Folgejahres in 1.000 Personen



1) Februar 2020 markiert den Beginn der Corona-Pandemie in Deutschland.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 4: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/KWTjgKFXjkTsfNY>

segment, in dem sich die Erwerbstätigkeit signifikant reduzierte, ist die Selbstständigkeit. Anders als andere Erwerbsformen war ihre Anzahl bereits vor der Pandemie rückläufig. In der Krise hat sich der Rückgang beschleunigt. Im dritten Vierteljahr 2021 – Monatswerte liegen hier nicht vor – lag die Anzahl der Selbstständigen um über 200.000 Personen unter dem Vergleichsquartal im Jahr 2019.

Spiegelbildlich zum Einbruch bei der Anzahl der Erwerbstätigen stieg im Frühjahr 2020 die Anzahl der Arbeitslosen deutlich an. Die Verkürzung der Arbeitszeit konnte den Rückgang der Arbeitskräftenachfrage nicht vollständig auffangen. Die im April und Mai 2020 erhöhte Anzahl der Zugänge in Arbeitslosigkeit aus Erwerbstätigkeit am ersten Arbeitsmarkt deutet darauf hin, dass es sich in dieser kurzen Phase durchaus um eine pandemiebedingte Freisetzung von Personal gehandelt haben könnte. Allerdings fiel die Anzahl der Zugänge bereits im Juni 2020 wieder auf das Niveau des Jahres 2019 zurück und hat es seither nicht wieder übertroffen. Mit Ausnahme der Monate April und Mai 2020 erklärt sich der Aufbau der Arbeitslosigkeit somit nicht aus Entlassungen. Ausschlaggebend war vielmehr, dass die Betriebe bei der Einstellung von Arbeitskräften Zurückhaltung übten. Dies wird unter anderem an der Anzahl der neu gemeldeten offenen Stellen deutlich, die sich im April 2020 schlagartig halbierte und erst im Sommer 2021 wieder das Niveau des Jahres 2019 erreichte. Der Verzicht auf Neueinstellungen ist ein Instrument, mit dem Betriebe schnell und ohne unmittelbare Folgekosten auf einen gesunkenen Arbeitskräftebedarf reagieren können. In Phasen großer Unsicherheit kann dies bei wieder steigender Arbeitsnachfrage beibehalten werden, indem zum Beispiel zunächst die Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung rückgängig gemacht werden. Dies könnte eine Erklärung dafür sein, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Frühjahr 2020 im weiteren Verlauf der Krise Bestand hatte. Erst im Frühjahr 2021 näherte sich die Arbeitslosigkeit wieder langsam an den Vorkrisenstand an, konnte diesen aber bis zum Januar 2022 nicht unterbieten (Abbildung 4, unterer Teil). Die Entwicklung macht deutlich, dass die erhoffte Wirkung der umfangreichen Nutzung der Kurzarbeit eingetreten ist. Trotz der ab Sommer 2020 stark sinkenden Kurzarbeit stieg die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum nicht an, sondern ging sogar leicht zurück. Die Arbeitnehmer, die aus der Kurzarbeit austraten, wechselten per saldo nicht in die Arbeitslosigkeit, sondern kehrten auf ihre Arbeitsplätze in gewohntem Arbeitszeitumfang zurück.

Die in der Krise vorübergehend gesunkene Einstellungsbereitschaft der Betriebe hatte eine weitere Folge, die bis zum aktuellen Rand Bestand hat – der Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit. Bis zum Ausbruch der Krise war die Anzahl der Langzeitarbeitslosen dank einer jahrelang stabilen Konjunktur und guten Arbeitsmarktentwicklung rückläufig. Die Langzeitarbeitslosen konnten am Rückgang der Arbeitslosigkeit in gleichem Maß partizipieren wie die Kurzzeit-Arbeitslosen. Der er-

schwerte Zugang in den Arbeitsmarkt während der Pandemie führte jedoch zu einem graduellen Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit im Jahresverlauf 2020. Dabei handelte es sich nicht um Arbeitnehmer, die in der Krise entlassen worden waren. Vielmehr handelte es sich um Personen, die schon vor der Pandemie arbeitslos waren und dann den Wiedereinstieg in Beschäftigung nicht schafften. Der Anstieg der Anzahl der Langzeitarbeitslosen von 710.000 Personen am Vorabend der Pandemie auf knapp 1,1 Millionen zur Jahresmitte 2021 war substantiell. Seit dem Sommer 2021 geht die Anzahl wieder leicht zurück, liegt aber mit 990.000 Personen immer noch deutlich oberhalb des Vorkrisenniveaus. Da der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit neben institutionellen Voraussetzungen auch eine mehrjährige stabile positive Arbeitsmarktentwicklung benötigt, dürfte sich der Prozess selbst in einem guten konjunkturellen Umfeld einige Jahre hinziehen.

Auswirkungen auf Branchen und Wirtschaftsstruktur

Eingangs wurde als ein Charakteristikum der Corona-Pandemie genannt, dass es am Anfang der Krise zu einem starken Einbruch der Wertschöpfung in der Industrie und im Dienstleistungssektor kam. Während die preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttowertschöpfung (BWS) des gesamten Dienstleistungssektors im zweiten Quartal 2020 um gut 10 Prozent unter dem Niveau des vierten Quartals 2019 lag, war im Verarbeitenden Gewerbe gleichzeitig ein weit mehr als doppelt so hoher Einbruch zu verzeichnen. Abbildung 5 zeigt beginnend mit dem zweiten Quartal 2020 die Leistungsabstände der in den VGR abgegrenzten Wirtschaftsbereichen gegenüber dem (faktischen) Jahresdurchschnitt 2019 im Quartalsverlauf. Mit dem Jahreswert sollen mögliche branchenspezifische Unterschiede im vierten Quartal 2019 relativiert werden. Es ist klar zu ersehen, dass die hier abgegrenzten Dienstleistungsbereiche deutlich unterschiedliche Wertschöpfungseinbrüche am Beginn der Pandemie zu verzeichnen hatten: Im Finanz- und Wohnungswesen waren keine Rückgänge zu verzeichnen. Weitestgehend unbeschadet – zumindest, wenn das Jahresniveau von 2019 als Vergleichsbasis herangezogen wird und nicht ein kontrafaktischer Vergleichsverlauf – kamen die Bauwirtschaft und der Agrarsektor sowohl am Anfang als auch insgesamt über die nunmehr acht Quartale durch diese Krise. Dagegen waren im Bereich der personennahen Dienste (Sonstige Dienste; Handel/Verkehr/Gastgewerbe) und bei den Unternehmensdiensten erhebliche Geschäftseinbußen in Höhe von 15 bis 20 Prozent in preisbereinigter Betrachtung eingetreten.

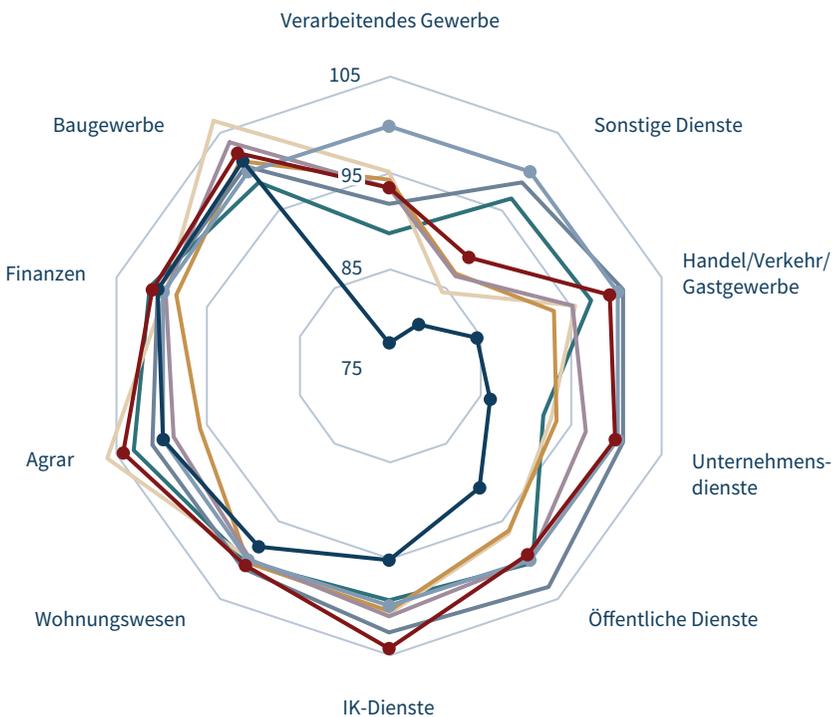
Abbildung 5 veranschaulicht zudem die unterschiedlichen Erholungsrhythmen. In der Industrie kam die zunächst kräftige Erholung nach dem ersten Schock vom Frühjahr 2020 bereits im vierten Quartal 2020 wieder zum Erliegen. Zunehmende Produktionsstörungen infolge gestörter Logistik und fehlender Zulieferungen führten das Verarbeitende Gewerbe vielmehr in eine erneute Rezession. Die Produktionslücke der Industrie (im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2019) lag im Schlussquartal 2020 bei knapp 5 Prozent, sie erhöhte sich dann wieder auf gut

Brancheneffekte der Pandemie in Deutschland

Abbildung 5

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttowertschöpfung;
Index: Jahresdurchschnitt 2019 = 100

— 2019 = 100 — II 2020 — III 2020 — IV 2020 — I 2021 — II 2021 — III 2021 — IV 2021



1) Zu den Sonstigen Diensten gehören zum Beispiel die Bereiche Kunst, Kultur, Sport, Interessenvertretungen und persönliche Dienstleistungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 5: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/TMCASx6wQHlRKzZ>

8 Prozent im dritten Quartal 2021 und im Schlussquartal 2021 waren es schließlich rund 6 ½ Prozent. Vor allem in der Automobilindustrie sorgten fehlende Bauteile für einen nochmals gewaltigen Einbruch im Jahresverlauf 2021. Die Produktionslücke (auf Basis der Industrieproduktion und gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2019) öffnete sich vom Schlussquartal 2020 von gut 11 Prozent bis zum dritten Quartal 2021 auf fast 40 Prozent (im zweiten Quartal 2020 lag sie bei gut 50 Prozent). Bis zum Schlussquartal 2021 konnte der Abstand auf 30 Prozent vermindert werden. Die erneute Rezession im Jahresverlauf 2021 ist im Wesentlichen durch Produktionsprobleme und nicht durch einen Nachfrageschock zu erklären (Bardt/Grömling, 2022). Die industriellen Auftragsbestände haben sich über den gesamten Jahresverlauf 2021 von Monat zu Monat aufgebaut und sie lagen zum Jahresende um fast 30 Prozent über dem Vorkrisenniveau.

Im Gegensatz zur Industrie konnten die Dienstleister bereits im dritten Quartal 2021 wieder das reale Wertschöpfungslevel des vierten Quartals 2019 und zugleich das Jahresniveau 2019 erreichen. Abbildung 5 zeigt, dass dies mit Ausnahme der Sonstigen Dienste (z. B. Freizeit- und Kulturbranchen) allen Dienstleistungssparten gelungen ist. Die vierte Infektionswelle vom Herbst 2021 und der nahtlose Übergang in die fünfte Welle haben die Erholung – nach dem vormaligen Einbruch im Winterhalbjahr 2020/2021 infolge der zweiten und dritten Corona-Welle – jedoch erneut unterbrochen. Die reale Wertschöpfung im gesamten Dienstleistungssektor fiel wieder leicht unter das Vorkrisenniveau – ausgelöst von dem erneut starken Einbruch bei den Sonstigen Dienstleistungen sowie den Rückgängen im Bereich Handel/Verkehr/Gastgewerbe und bei den öffentlichen Diensten.

Auf Basis von Setzungen für einen kontrafaktischen Wirtschaftsverlauf ohne Beeinträchtigungen durch eine Pandemie kann auch eine Grobkalkulation für die preisbereinigten Wertschöpfungsausfälle in der Industrie und im Dienstleistungsbereich für die vergangenen acht Quartale vorgenommen werden. Diese Schätzung liefert allenfalls Größenordnungen für die potenziellen Einbußen. Aufgrund ihres hohen gesamtwirtschaftlichen Gewichts von rund 70 Prozent entfallen knapp 60 Prozent der bislang aufgelaufenen Wertschöpfungsausfälle auf die Dienstleister. Abbildung 5 weist darauf hin, in welchen Dienstleistungszweigen diese Kosten hauptsächlich zu tragen waren. Mehr als ein Drittel der Einbußen entfiel in den akkumulierten acht Quartalen auf das Verarbeitende Gewerbe. Deutlich weniger

als ein Zehntel verbleibt für die anderen Wirtschaftsbereiche (Bauwirtschaft; Energie/Versorgung und Agrarsektor).

Aufgrund der branchenmäßig unterschiedlich starken Anpassungslasten kam es infolge der Pandemie zu Verschiebungen im volkswirtschaftlichen Branchengefüge. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes lag in den beiden Corona-Jahren 2020 und 2021 bei rund 20 Prozent der gesamtwirtschaftlichen BWS. Das sind rund 3 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2016. Auch im Gefolge der globalen Finanzmarktkrise war eine Absenkung des Industrieanteils in gleicher Größenordnung zu verzeichnen. Danach stieg er wieder auf sein im Zeitverlauf relativ stabiles Durchschnittsniveau von gut 22 Prozent an. Im Gegensatz zum Jahr 2009 war bereits vor der Corona-Krise ein Strukturwandel zulasten der Industrie zu beobachten. Dafür wurde eine Vermischung von konjunkturellen und strukturellen Bestimmungsfaktoren ausgemacht (Grömling, 2020; Hüther et al., 2021): Zum einen bekam die deutsche Industrie aufgrund ihrer hohen Weltmarktorientierung die sich abkühlende Weltkonjunktur aufgrund der geopolitischen Verunsicherungen und der zum Teil offen ausgetragenen Handelskonflikte zwischen den USA und China sowie zwischen den USA und Europa zu spüren. Zum anderen fanden im Automobilbereich bereits Anpassungen infolge von technologischen Veränderungen und Präferenzwandel im Kontext der angestrebten Dekarbonisierung statt.

Auswirkungen auf die funktionelle Einkommensverteilung

Die bisherigen Berechnungen basieren auf den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Der Systemkontext der VGR ermöglicht es, sowohl die ökonomischen Veränderungen auf der Entstehungsseite der gesamtwirtschaftlichen Produktion als auch die entsprechenden Wirkungen auf der Einkommens- und der Nachfrageseite der Volkswirtschaft zu betrachten (Brümmerhoff/Grömling, 2015, 62 ff.). Dadurch ist eine in sich stimmige Analyse der ökonomischen Effekte von bestimmten Ereignissen möglich. Die Dimensionen der funktionellen oder makroökonomischen Einkommensverteilung sind eng gefasst und decken somit wichtige Aspekte der Einkommensverteilung nicht ab. Insofern sind für eine umfassende Verteilungsanalyse auch Indikatoren der personellen Einkommenslage unabdingbar (s. hinsichtlich der Corona-Pandemie Beznoska et al., 2020). Gleichwohl sollte eine Analyse der personellen Einkommen immer auch in den gesamtwirtschaftlichen Kontext eingebettet sein (Atkinson, 2009).

Für eine Bewertung der makroökonomischen Einkommensverteilung kann die sogenannte Lohnquote herangezogen werden. Dabei wird auf Basis nominaler Werte das Arbeitnehmerentgelt auf das Volkseinkommen oder die BWS bezogen (Grömling, 2019). Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern der abhängig beschäftigten Arbeitnehmer sowie aus den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zusammen. Bei den unterstellten Sozialbeiträgen handelt es sich zum Beispiel um die Aufwendungen der Arbeitgeber für Betriebsrenten und Beamtenpensionen. Das Arbeitnehmerentgelt umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen von den Arbeitgebern an die Arbeitnehmer – zum Beispiel Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Fahrtkostenzuschüsse (Brümmerhoff/Grömling, 2015, 76 f.). Das in der Krise bedeutsame Kurzarbeitergeld stellt im Rahmen der VGR eine monetäre Sozialleistung der Sozialversicherung (Bundesagentur für Arbeit) dar und ist damit kein Bestandteil der Bruttolöhne und -gehälter sowie des Arbeitnehmerentgelts (Kuhn et al., 2021).

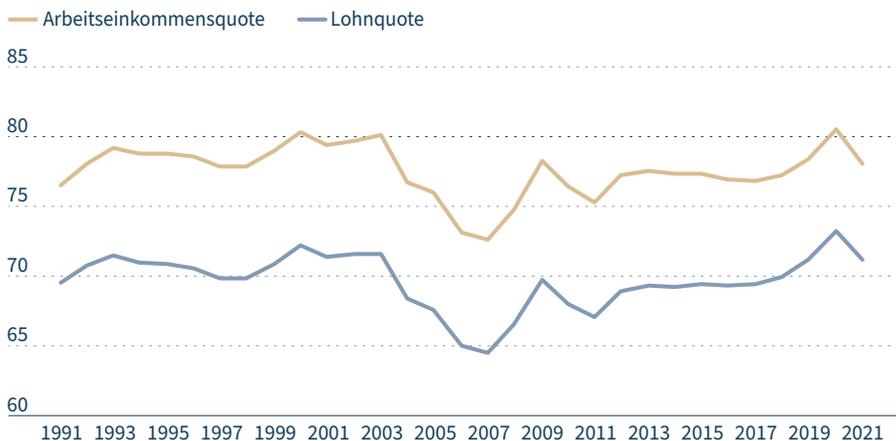
Neben dem Arbeitnehmerentgelt enthält das Volkseinkommen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Diese sind ein Sammelposten verschiedenster Einkommensarten, die auch sämtliche Vermögenseinkommen der privaten und öffentlichen Haushalte (z. B. geschätzte Mieten für selbstgenutztes Wohneigentum) umfassen. Für die Unternehmenseinkommen gibt es keine zeitnahe originäre Datenquelle und sie ergeben sich in den VGR als eine Restgröße aus der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung. Statistische Unschärfen und Messfehler in den VGR schlagen sich somit in diesem Aggregat nieder. Auch das Einkommen für die geleistete Arbeit der Selbstständigen und der mithelfenden Familienangehörigen zählt in der Verteilungsrechnung der VGR zum Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Somit umfasst die Lohnquote nicht die gesamten Arbeitseinkommen einer Volkswirtschaft. Unter der Annahme, dass die Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen das gleiche Arbeitseinkommen pro Kopf beziehen wie ein unselbstständiger Arbeitnehmer, ergibt sich ein deutlich höherer Anteil der gesamten Arbeitseinkommen am Volkseinkommen (Abbildung 6). Ein unterschiedlicher Verlauf von Lohn- und Arbeitseinkommensquote wird von veränderten Beschäftigungsstrukturen – etwa einem abnehmenden Anteil von Selbstständigen – geprägt (Grömling, 2019).

Die in Abbildung 6 sichtbaren starken Anstiege der Lohnquote in den Krisenjahren 2009 und 2020 weisen darauf hin, dass sie besonders in konjunkturell schlechten Zeiten merklich reagiert. Das liegt weniger an starken Schwankungen der Arbeitnehmerentgelte, sondern vielmehr an der hohen Volatilität der Unternehmens- und Vermögenseinkommen: Während die Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen in einem konjunkturellen Abschwung auch absolut sinken, steigen die Arbeitseinkommen oftmals weiter an. Dies war ebenfalls im Jahr 2009 in Deutschland der Fall: Die Unternehmen hielten die Beschäftigung aufrecht und damit stiegen die nominalen Einkommen aus unselbstständiger Arbeit mit 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr sogar schwach an. Dagegen brachen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen in nominaler Rechnung im Jahr 2009 um 12,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr ein. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Verteilungsrechnung in den VGR nur auf Basis nominaler Werte zur Verfügung steht. Im Krisenjahr 2020 stand einem leichten Rückgang der Arbeitnehmerentgelte um 0,2 Prozent (die Nettolöhne und -gehälter aller Arbeitnehmer gingen nur um 0,1 Prozent zurück) ein Einbruch der Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 10,2 Prozent

Entwicklung der Lohnquote in Deutschland

Abbildung 6

Anteil der Arbeitnehmerentgelte (Lohnquote) und der Arbeitseinkommen¹⁾ am Volkseinkommen in Prozent



1) Arbeitseinkommensquote: Anteil der Arbeitnehmerentgelte und der geschätzten Arbeitseinkommen der Selbstständigen (Anzahl der Selbstständigen multipliziert mit dem Durchschnittseinkommen eines Arbeitnehmers).
Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 6: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/ZeBsFr78aTW3Tb3>

gegenüber. Staatliche Stützungsmaßnahmen (z. B. Zuschüsse für Unternehmen, Erstattungen der Sozialbeiträge für Kurzarbeitende) verhinderten noch stärkere Rückgänge bei den Unternehmenseinkommen im Jahr 2020 (Kuhn et al., 2021). Infolge der stark eingebrochenen Unternehmens- und Vermögenseinkommen kam es zu einem deutlichen Anstieg der Lohnquote (Abbildung 6).

Dagegen kommen im konjunkturellen Aufschwung Beschäftigung und Arbeitseinkommen erst zeitverzögert in Schwung, während sich die Gewinnsituation der Unternehmen – ausgehend von dem vormals stark gesunkenen Krisenniveau – und die Kapitaleinkommen der Haushalte bereits deutlich erholen. Dies war trotz der nicht durchgängig anhaltenden Konjunkturerholung bereits im Jahr 2021 der Fall. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen nominal um 15 Prozent gegenüber 2021 an und konnten so die Rückgänge in den beiden Vorjahren sogar mehr als kompensieren. Bei den Arbeitnehmerentgelten war im Jahr 2021 ein nominaler Zuwachs von 3,7 Prozent – nach dem leichten Rückgang von 0,2 Prozent im Jahr 2020 – zu verzeichnen. Infolgedessen näherte sich die Lohnquote wieder dem Durchschnitt der vorhergehenden Dekade an und lag im Jahr 2021 um gut 2 Prozentpunkte darüber (Abbildung 6).

Auf Basis des Volkseinkommens – dieses liegt aufgrund der Abschreibungen, des Saldos der Primäreinkommen mit dem Ausland sowie des Saldos aus Produktionsabgaben und Subventionen in quantitativer Hinsicht mit rund 2.700 Milliarden Euro deutlich unter dem BIP in Höhe von rund 3.500 Milliarden Euro (s. hierzu Brümmerhoff/Grömling, 2015, 65) – wurde bereits im Schlussquartal 2020 fast wieder das Vorkrisenniveau in nominaler Betrachtung erreicht. Zu einem kontrafaktischen Niveau bestand gleichwohl noch eine Lücke. Der akkumulierte Ausfall an Volkseinkommen bis zum Jahresende 2021 dürfte sich gemäß der hier angewandten Schätzmethode nominal auf gut 190 Milliarden Euro belaufen haben und liegt damit deutlich unter dem gesamten BIP-Verlust von preisbereinigt 340 Milliarden Euro. Dabei ist das unterschiedlich hohe Bezugsniveau zu beachten. Diese Einbuße an Volkseinkommen gegenüber einer Welt ohne Corona-Pandemie teilt sich mehr oder weniger gleichmäßig auf die beiden Komponenten auf, wobei im Jahr 2020 hohe Ausfälle bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen auftraten.

Diese konjunkturellen Effekte in Krisenzeiten sind zu trennen von den langfristigen Bestimmungsfaktoren der makroökonomischen Einkommensverteilung (Glyn, 2009; Grömling, 2019; Grossman/Oberfield, 2022). In diesem Kontext wird diskutiert, ob technologischer Fortschritt, Globalisierung, rückläufige Relativpreise für Kapitalgüter, Unternehmenskonzentration, Deregulierungen der Güter- und Faktormärkte oder tarifpolitische Veränderungen für relativ ansteigende Kapitaleinkommen im Vergleich zu den Arbeitseinkommen verantwortlich sind. Allerdings zeigt sich mit Blick auf die funktionelle Einkommensverteilung in Deutschland in den vergangenen drei Dekaden kein breit angelegter und kein durchgängiger Rückgang der Arbeitseinkommen an der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentstehung (Abbildung 6). Auch die Einkommensstruktur der privaten Haushalte in Deutschland war in diesem Zeitraum keinen großen Veränderungen unterworfen (Grömling, 2019). Konjunkturelle Wechsellagen schlugen sich gleichwohl vorübergehend stark in der makroökonomischen Einkommensverteilung nieder.

Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Die Pandemie hatte bislang sehr unterschiedliche Auswirkungen auf die Nachfrageseite der Volkswirtschaft. Abbildung 7 zeigt zunächst, dass es im Frühjahr 2020 zu einem starken Einbruch bei den Ausrüstungsinvestitionen – dazu zählen Maschinen, Geschäftsausstattungen und Fahrzeuge – und beim Außenhandel kam. Die preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen und Exporte lagen um knapp 23 Prozent unter dem Jahresdurchschnittsniveau von 2019, bei den Importen belief sich der Rückgang auf knapp 18 Prozent. Die preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte brachen um gut 13 Prozent ein. Diese Einbrüche übertreffen bei Weitem die Auswirkungen während der globalen Finanzmarktkrise von 2008/2009. Das gilt vor allem mit Blick auf den Privaten Konsum, der sich damals zunächst gut behauptet hatte und erst verzögert und nur vergleichsweise moderat nachgab. Im Baubereich war zu Beginn der Corona-Krise kein Rückgang zu verzeichnen. Der Staatskonsum legte infolge der pandemiebedingten Zusatzausgaben im zweiten Quartal 2020 deutlich zu – obwohl es auch hier Bereiche gibt (öffentliche Kultur- und Freizeiteinrichtungen), in denen kräftige Mindereinnahmen zu verzeichnen waren. Abbildung 7 veranschaulicht zudem, dass die einzelnen Nachfragebereiche im Verlauf der Pandemie deutlich voneinander abweichende Entwicklungen eingeschlagen haben:

- Anhaltende Erholungen zeigten sich bislang beim Außenhandel. Im vierten Quartal 2021 lagen die preisbereinigten Exporte und Importe über dem Jahresdurchschnitt von 2019. Die zügige Erholung beim Welthandel, der zum Jahresende 2021 rund 8 Prozent über dem Vorkrisenniveau lag, begünstigte die deutschen Exporte. Die eingeschränkten Logistikkapazitäten dürften besonders bei den Importen eine stärkere Normalisierung verhindert haben.
- Der Private Konsum zeichnet mit seinem Hin und Her die bisherigen fünf Pandemie-Wellen und die diese begleitenden Lockdown-Maßnahmen nach (Bardt/Grömling, 2021). Vor allem im ersten Quartal 2021 gingen die vormals guten Aufholerfolge fast wieder vollständig verloren. Auch die Bremseffekte infolge der vierten und beginnenden fünften Infektionswelle im vierten Quartal 2021 zeigen die hohe pandemiebedingte Volatilität beim Konsum.
- Bei den Ausrüstungsinvestitionen kam die anfängliche Erholung schnell zum Erliegen und im zweiten Halbjahr 2021 hat sich die Investitionslücke (im Vergleich zum Vorkrisenniveau von 2019) wieder geweitet. Dagegen konnten sich die Bauinvestitionen über dem Vorkrisenniveau halten – das gilt vor allem für den Wohnungsbau. Die Sonstigen Anlagen, zu denen vorwiegend immaterielle Investitionsgüter wie Ausgaben für Forschung, Software und Daten zählen, lagen größtenteils leicht über dem Vorkrisenniveau.
- Der Staatsverbrauch wirkte über den gesamten Pandemieverlauf den Rückgängen in anderen Nachfragebereichen entgegen. Im zweiten Quartal 2021 lag dieses Verwendungsaggregat um 9 Prozent und zuletzt um 7 Prozent über dem Jahresdurchschnittsniveau von 2019.

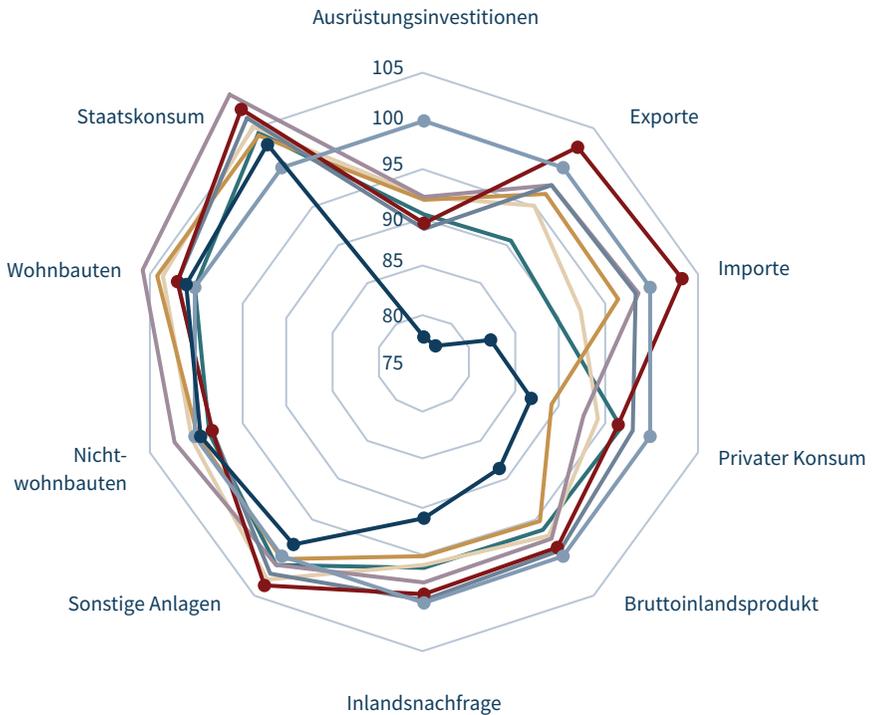
Auch hinsichtlich dieser makroökonomischen Verwendungsaggregate können pandemiebedingte Ausfälle gegenüber einer kontrafaktischen Wirtschaftswelt geschätzt werden. Gemäß der hier angewandten Methode dürften über die vergangenen acht Quartale hinweg kumulierte Ausfälle beim preisbereinigten Privaten Konsum in einer Größenordnung von rund 300 Milliarden Euro eingetreten sein (Abbildung 8). Die Lockdown-Maßnahmen und Verhaltensänderungen trafen vor allem die personenintensiven Teile des Konsums. Gegenüber einer kontrafaktisch ungebremsten Konsumdynamik ohne die Corona-Pandemie fallen die Einbußen im Jahr 2021 mit rund 170 Milliarden Euro um rund 35 Milliarden Euro höher aus als im ersten Corona-Jahr. Mit Blick auf die Verwendungsseite des BIP zeigt sich somit, dass die größten Nachfrageausfälle aufseiten des Privaten Konsums zu ver-

Nachfrageeffekte der Pandemie in Deutschland

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte;
Index: Jahresdurchschnitt 2019 = 100

Abbildung 7

— 2019 = 100 — II 2020 — III 2020 — IV 2020 — I 2021 — II 2021 — III 2021 — IV 2021



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 7: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/BjrbkMq2NKM78TC>

orten waren. Es wurde bereits gezeigt, dass in nominaler Betrachtung eine vergleichsweise zügige Erholung beim Volkseinkommen zu verzeichnen war. Bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte gab es in nominaler Rechnung weder im Jahr 2020 noch im Jahr 2021 auf Basis der Jahresdurchschnitte einen Rückgang gegenüber dem jeweiligen Vorjahr. Die Rückgänge im zweiten Quartal 2020 und im ersten Quartal 2021 konnten innerhalb der jeweiligen Jahre ausgeglichen werden. Der enorme Unterschied zwischen dem Einkommenseffekt auf der Haushaltsebene und dem hohen Konsumausfall erklärt sich aus dem ebenfalls

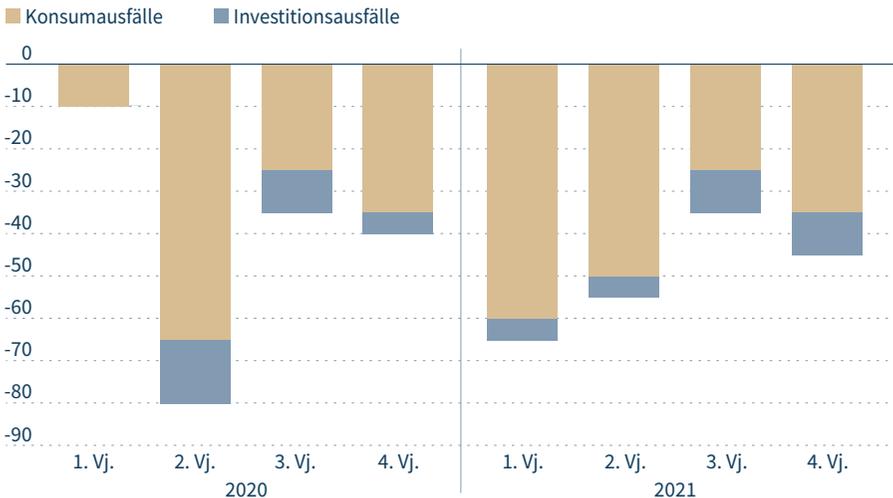
gewaltigen Anstieg des Sparens der privaten Haushalte. Die Lockdown-Maßnahmen hatten letztlich ein Zwangssparen der privaten Haushalte zur Folge. Ihre Sparquote lag im Krisenjahr 2020 mit gut 16 Prozent und 2021 mit 15 Prozent um rund 5 Prozentpunkte über dem langfristigen Durchschnittsniveau. In absoluten Größen übertraf das private Sparen in den Jahren 2020 und 2021 um jeweils rund 100 Milliarden Euro den Durchschnittswert der drei vorhergehenden Jahre. Im Vergleich mit einem kontrafaktischen Wirtschaftsverlauf muss also dem hohen Minus beim Konsum ein gewaltiges Sparplus gegenübergestellt werden.

Bei den Bruttoanlageinvestitionen gab es ebenfalls merkliche Ausfälle gegenüber einer hypothetischen Entwicklung ohne die Pandemie. Während die Ausrüstungsinvestitionen stark einbrachen und zuletzt immer noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau lagen (s. Abbildung 7), war in den beiden Corona-Jahren bei den Bauinvestitionen auf Basis der Jahresdurchschnitte noch ein weiterer Zuwachs zu

Konsum- und Investitionsausfälle durch die Corona-Pandemie in Deutschland

Abbildung 8

Vierteljährliche Einbußen beim realen Privaten Konsum und den Bruttoanlageinvestitionen¹⁾ in Milliarden Euro



1) Tatsächlicher Verlauf im Vergleich zu einem kontrafaktischen Verlauf ohne Pandemie (berechnet auf Basis 4. Quartal 2019). Gerundete Werte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 8: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/6cHsMXB7gLddTQx>

verzeichnen. Insgesamt wären die gesamten Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland – wenn es die Pandemie nicht gegeben hätte – in den vergangenen beiden Jahren in preisbereinigter Betrachtung um gut 60 Milliarden Euro höher ausgefallen. Mit rund 50 Milliarden Euro entfällt davon der Großteil auf die Ausrüstungsinvestitionen. Hier machen sich vor allem die Einbrüche bei der Fahrzeugnachfrage im ersten Halbjahr 2020 stark bemerkbar und im weiteren Pandemieverlauf die gestörten Produktionsprozesse im gesamten Investitionsgüterbereich infolge der Zulieferproblematik (Abbildung 8). All dies bedeutet nicht nur einen kurzfristigen Ausfall an Investitionsnachfrage infolge der Pandemie, vielmehr wirkt dies auch über die entgangenen Kapitalstockeffekte langfristig bremsend auf die wirtschaftliche Entwicklung (Grömling, 2021).

Diesen Einbußen beim Privaten Konsum und bei den Bruttoanlageinvestitionen stehen die kräftigen Impulse vonseiten des Staatskonsums infolge der Konjunkturpakete und pandemiebedingter Zusatzausgaben – etwa im Gesundheitsbereich die Ausgaben für Impf- und Testzentren sowie die Impfstoffe – gegenüber. Insgesamt liegt der Staatskonsum merklich über einem kontrafaktischen Niveau.

Während der Außenbeitrag infolge der im Vergleich zu den Importen stärker rückläufigen Exporten im ersten Corona-Jahr 2020 das Konjunkturtempo merklich abbremste und den Einbruch beim realen BIP verstärkte, lieferte er im Jahr 2021 hohe positive Konjunkturimpulse. Gemessen an der Entwicklung vor der Pandemie dürfte das Niveau der Nettoexporte über einem kontrafaktischen Niveau liegen. Dies resultiert aus den krisenbedingten Auswirkungen auf die Export- und Importlage und spiegelt eher einen konjunkturtechnischen Effekt wider. Gleichwohl haben die Lizenzeinnahmen im Pharmabereich die deutschen Exporte und damit den Außenbeitrag deutlich angetrieben und dem gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungsverlust entgegengewirkt.

Auswirkungen auf den Staatshaushalt

Vor Beginn der Corona-Pandemie hatten die Staatsfinanzen ein goldenes Jahrzehnt erlebt. Nach der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise kam es recht schnell zu einer Konsolidierung der Staatsfinanzen. In den Jahren 2014 bis 2019 gelang insgesamt ein Finanzierungsüberschuss von rund 235 Milliarden Euro. Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch ein robustes Wirtschaftswachstum verbunden mit

einem deutlichen Anstieg der Erwerbstätigkeit. Der robuste Arbeitsmarkt und die daraus folgenden steigenden Steuereinnahmen waren neben den gesunkenen Zinsausgaben entscheidende Faktoren für die Finanzierungsüberschüsse (Beznoska et al., 2021). Der Beginn der Pandemie im März 2020 sorgte für ein abruptes und unerwartetes Ende dieser Entwicklung. Dabei war der drastische Effekt der Pandemie auf die staatlichen Finanzen unumgänglich. Das Herunterfahren des öffentlichen Lebens und die Einschränkungen grenzüberschreitender Aktivitäten trafen den Staat gleich doppelt. Während die Steuereinnahmen einbrachen, war die öffentliche Hand auf der Ausgabenseite stärker denn je gefordert, vor allem in Form von Wirtschaftshilfen, Gesundheitsschutz und Kurzarbeitergeld.

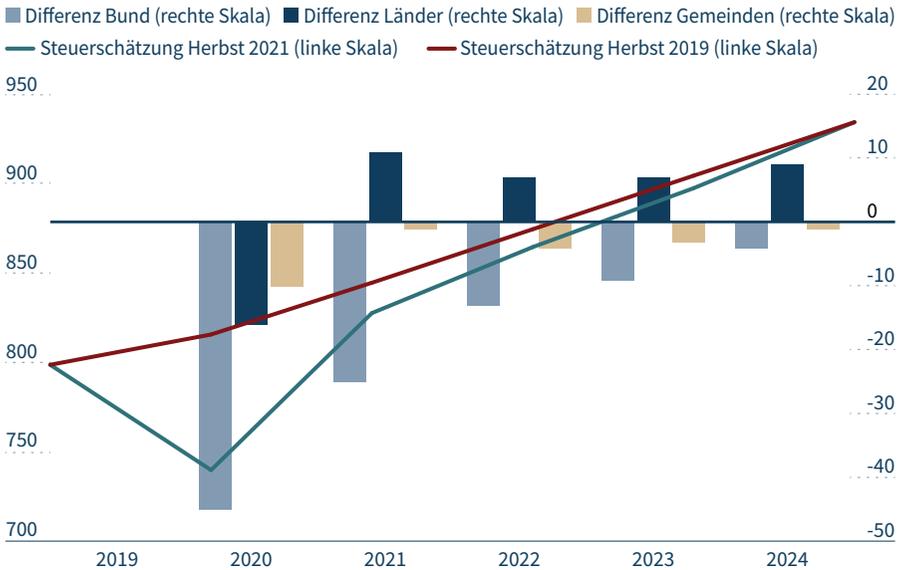
In den Jahren 2020 und 2021 lagen die Steuereinnahmen insgesamt um knapp 95 Milliarden Euro beziehungsweise 6 Prozent unter dem vor der Krise im Herbst 2019 prognostizierten Niveau. Besonders dramatisch waren die Mindereinnahmen im Jahr 2020, als der Staat statt den erwarteten 816 Milliarden Euro lediglich 740 Milliarden Euro verbuchte (Abbildung 9): gut 20 Milliarden Euro weniger bei der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer, 35 Milliarden Euro weniger bei der Umsatzsteuer, 10 Milliarden Euro weniger bei der Gewerbesteuer und 9 Milliarden Euro weniger bei der Körperschaftsteuer (BMF, 2019; 2021a; 2022a).

Nicht nur gemessen an den Vorkrisenerwartungen, sondern auch im Vergleich zum Vorjahr war die Krise in der Finanzstatistik sichtbar. Gegenüber 2019 nahm der Staat im Jahr 2020 rund 60 Milliarden Euro weniger Steuern ein. Zuvor waren die Steuereinnahmen seit dem Jahr 2009, als die globale Finanzkrise für einen Rückgang sorgte, kontinuierlich gestiegen. Zu berücksichtigen sind jedoch politisch gewollte Sondereffekte wie die befristete Senkung der Mehrwertsteuer in der zweiten Jahreshälfte 2020. Insgesamt lagen die Umsatzsteuereinnahmen im Jahr 2020 um 10 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Bei der Lohnsteuer (-5 Prozent) konnte nicht zuletzt das Kurzarbeitergeld die Einnahmen stabilisieren. Neben dem beispiellosen Einnahmefall bei der Luftverkehrsteuer (-75 Prozent) fielen die Rückgänge bei den Unternehmenssteuern besonders hoch aus. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer lagen im Jahr 2020 um 24 Prozent unter dem Vorjahresniveau, bei der Gewerbesteuer betrug das Minus 18 Prozent. Die schrittweise wirtschaftliche Erholung bei den Unternehmenseinkommen (s. oben) ließ die Steuereinnahmen im Jahr 2021 mit schätzungsweise 828 Milliarden Euro das Vor-

Auswirkungen der Pandemie auf die Steuereinnahmen in Deutschland

Abbildung 9

Angaben in Milliarden Euro gemäß Kassenstatistik



Quellen: BMF; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 9: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/Bneo39Y33tmt9SM>

krisenniveau bereits wieder übertreffen. Der Aufholeffekt wird voraussichtlich anhalten. Im Jahr 2024 könnten die Steuereinnahmen demnach annähernd so hoch sein, wie es ohne Pandemie vermutlich der Fall gewesen wäre. Ein genauer Blick auf die Steuereinnahmen zeigt, dass vor allem der Bund die Folgen der Pandemie trägt. In den Jahren 2020 bis 2022 entfallen von den Steuermindereinnahmen – Vergleich der Ist-Werte mit den Schätzwerten kurz vor Pandemiebeginn – rund drei Viertel auf den Bund (BMF, 2019; 2021a; 2022a).

Auch auf der Ausgabenseite trägt der Bund das Gros der Kosten. Im Jahr 2020 gab der Bund mit rund 442 Milliarden Euro knapp 100 Milliarden Euro mehr aus als ein Jahr zuvor – ein Anstieg um 29 Prozent (BMF, 2021b). Wesentliche Treiber dabei waren die Corona-Hilfen (Soforthilfen und Überbrückungshilfen) und der Gesundheitsschutz. Insgesamt stiegen die staatlichen Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr um

150 Milliarden Euro auf mehr als 1,7 Billionen Euro. Vor Beginn der Pandemie wurden staatliche Ausgaben für das Jahr 2020 in Höhe von 1,6 Billionen Euro erwartet. Im Jahr 2021 setzte sich der Ausgabenanstieg fort. Die Ausgaben des Bundes stiegen um nochmals 26 Prozent auf 557 Milliarden Euro, wobei davon rund 60 Milliarden Euro allerdings als Rücklage in den Energie- und Klimafonds überwiesen worden sind, um künftige Ausgabenprojekte zu finanzieren (BMF, 2022b).

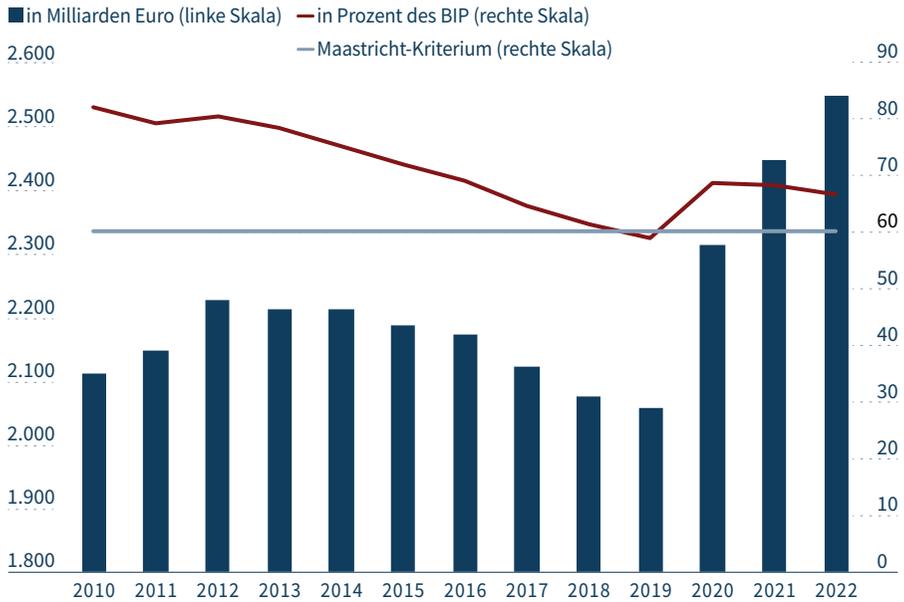
Die unvermeidbare Folge der dargelegten Einnahmen- und Ausgabenentwicklung sind hohe Finanzierungsdefizite. Während das Minus beim Bund im Jahr 2020 rund 130 Milliarden Euro betrug, kamen die Länder auf ein Defizit von 40 Milliarden Euro (BMF, 2021c). Auf Gemeindeebene konnte nicht zuletzt durch Bundes- und Landeszuschüsse in der Summe ein Defizit verhindert werden. Regionale Unterschiede sind dabei allerdings zu berücksichtigen. Im Jahr 2021 differenziert sich das Bild weiter: Während der Bund ein Defizit von 215 Milliarden Euro aufwies, kamen die Länder im Jahr 2021 sogar auf einen leichten Überschuss von knapp 1 Milliarde Euro (BMF, 2022c). Für das Jahr 2022 wird besonders für den Bund erneut mit einem Finanzierungsdefizit gerechnet. Möglich ist dies, da die Verschuldungsregeln der Schuldenbremse das dritte Jahr in Folge nicht zur Anwendung kommen.

Die Defizite in den öffentlichen Haushalten haben den gesamtstaatlichen Schuldenstand in die Höhe getrieben. Seit 2019 ist der Schuldenstand um fast 20 Prozent auf mehr als 2,4 Billionen Euro gewachsen. Die Schuldenstandsquote, also der Schuldenstand in Prozent des BIP, schnellte im Jahr 2020 um 10 Prozentpunkte nach oben und erreichte erstmals seit 2015 wieder annähernd die 70-Prozent-Marke (Abbildung 10). Damit wurde der Höhepunkt in dieser Hinsicht allerdings trotz andauernder Pandemie überschritten. Aufgrund des kräftigen Wachstums des nominalen BIP in Höhe von 5,6 Prozent ist die Schuldenstandsquote trotz eines Finanzierungsdefizits im Jahr 2021 wieder leicht gesunken. Im Vergleich zu der globalen Finanzmarktkrise mit einer Schuldenstandsquote von 82 Prozent im Jahr 2010 ist das Ausmaß der Staatsverschuldung damit eher moderat. Die Rückführung der Schuldenstandsquote von 2010 bis 2019 hat dazu geführt, dass sich die Staatsfinanzen zu Beginn der Pandemie in einer guten Ausgangssituation befanden. Im Gegensatz zu diesem relativ guten Jahrzehnt ist für die kommenden Jahre nicht mit einem vergleichbaren Anstieg der Beschäftigung und damit der Steuereinnahmen zu rechnen. Vielmehr sorgt der demografische Wandel für eine Schrumpfung

Entwicklung von Schuldenstand und Schuldenstandsquote

Abbildung 10

Schuldenstand in Milliarden Euro und in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts



Quellen: Deutsche Bundesbank; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 10: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/K8et6pWdpptkkAQ>

des Erwerbepersonenpotenzials. Auch bei den Zinsausgaben ist das Potenzial für weitere Entlastungen absehbar begrenzt. Vor diesem Hintergrund wird eine vergleichbare Rückführung der Schuldenstandsquote in diesem Jahrzehnt deutlich schwieriger, zumal sich auf der Ausgabenseite weitere Bedarfe, vor allem in den Bereichen Klimaschutz, Digitalisierung und Verteidigung zeigen. Gleichwohl erzwingen die geltenden Fiskalregeln nach dem Ende der Pandemie de facto eine Reduzierung der Schuldenstandsquote. Denn die Schuldenbremse begrenzt zum einen die Nettokreditaufnahme und sieht zum anderen einen Tilgungsplan für die krisenbedingt aufgenommenen Schulden vor (Beznoska et al., 2021). Die Herausforderungen für die Finanzpolitik sind damit vorgezeichnet. Die begrenzten Handlungsspielräume erhöhen vor dem Hintergrund der politisch formulierten Vorhaben den Druck auf die Schuldenbremse (Diermeier et al., 2021).

Schlussbemerkungen

Diese erste ökonomische Bilanz nach rund zwei Jahren Corona-Pandemie weist zunächst auf die robuste Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt hin. Über das Jahr 2021 war größtenteils ein Aufbau an Beschäftigung und ein Abbau an Arbeitslosigkeit zu beobachten. Die zuletzt erreichten Niveaus liegen nahe am Vorkrisenstand. Einzig der Blick auf die Langzeitarbeitslosen trübt die Arbeitsmarktbilanz etwas ein. Hier sind künftig – auch im Kontext des anstehenden Strukturwandels infolge der demografischen Entwicklung, des technischen Fortschritts und der angestrebten Dekarbonisierung – die Arbeitsmarktinstitutionen entscheidend, ob sich ein Teil der Arbeitslosigkeit strukturell verfestigt.

Im Gefolge dieser insgesamt zügigen Erholung am Arbeitsmarkt waren im Schlussquartal 2021 beim Blick auf die Arbeitsentgelte keine Defizite mehr gegenüber dem Vorkrisenniveau zu verzeichnen. Das gilt auch für die Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Gleichwohl ergeben sich gegenüber einer kontrafaktischen Entwicklung noch merkliche Einbußen. Diese bleiben aber sehr deutlich hinter den hohen Konsumausfällen in Höhe von rund 300 Milliarden Euro infolge der Pandemie zurück. Das liegt im Wesentlichen an den nur eingeschränkten Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten und den krisenbedingten Verhaltensänderungen. Auch die höhere Inflation, die zum Teil auf die pandemiebedingten Anpassungslasten etwa in Form gestörter Liefer- und Produktionsketten zurückgeführt werden kann, hat den realen Konsum zuletzt empfindlich abgebremst. Allerdings steht diesen Konsumausfällen ein ebenso gewaltiger Aufbau an Ersparnissen gegenüber. Diese intertemporale Konsumverlagerung kann zukünftig deutliche Impulse für den privaten Verbrauch zur Folge haben und damit die Lücke zur kontrafaktischen Welt schließen.

Dagegen entfalten die Investitionsausfälle von bislang insgesamt gut 60 Milliarden Euro, die vorwiegend die Ausrüstungsinvestitionen betreffen, nicht nur in konjunktureller Perspektive einen Bremseffekt. Über die entgangenen Kapitalstockeffekte – nicht nur gegenüber einem kontrafaktischen Zustand, sondern selbst gegenüber dem Vorkrisenniveau – wird die wirtschaftliche Entwicklung möglicherweise über eine längere Zeit abgebremst. Die globalen Produktions- und Logistikprobleme haben auch die positiven Investitionsimpulse infolge der Pandemie – etwa eine potenzielle Forcierung der Digitalisierung – im Zaum gehalten.

Die Pandemie hat die Konsolidierung des deutschen Staatshaushalts abrupt unterbrochen. Das staatliche Haushaltsdefizit schoss infolge einbrechender Steuereinnahmen und gleichzeitig stark ansteigender Staatsausgaben in die Höhe. Im Vergleich zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise mit einer Schuldenstandsquote von 82 Prozent im Jahr 2010 ist das gegenwärtige Ausmaß der Staatsverschuldung mit unter 70 Prozent des nominalen BIP eher moderat. Die Rückführung der Schuldenstandsquote nach der Finanzmarktkrise – im Gefolge der guten Arbeitsmarktentwicklung und niedriger Zinsausgaben (Diermeier et al., 2021) – auf ein Niveau von 60 Prozent im Jahr 2019 hatte eine vergleichsweise gute Ausgangssituation bei den Staatsfinanzen in Deutschland zur Folge.

Alles in allem liefert die hier vorgelegte Bilanz, die bislang für Deutschland einen Wertschöpfungsausfall in den vergangenen beiden Jahren in Höhe von knapp 340 Milliarden Euro veranschlagt, eine erste Orientierung und Größenordnung für die makroökonomischen Einbußen infolge der Pandemie. Eine umfassende Wohlfstandsanalyse muss gleichwohl eine breiter gefasste Indikatorik aufbieten. Der Vorteil der hier vorliegenden Schätzungen liegt in der Verwendung der VGR, da relativ zeitnah verfügbare und aufeinander abgestimmte Daten zum Arbeitsmarkt, zur Einkommensentstehung, zur makroökonomischen Einkommensverteilung, zur Nachfrageseite und zum Staatshaushalt vorliegen. Für eine umfassendere Wohlfstandsanalyse sind die erforderlichen Daten erst mit einem größeren zeitlichen Abstand verfügbar.

Literatur

Atkinson, Anthony, 2009, Factor shares: the principal problem of political economy?, in: Oxford Review of Economic Policy, 25. Jg., Nr. 1, S. 3–16

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2021, Privater Konsum in Deutschland: Die Auswirkungen der Corona-Pandemie im Spiegel früherer Konjunkturkrisen, in: IW-Trends, 48. Jg., Nr. 2, S. 3–22

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2022, Anhaltende Produktionslücken durch Vorleistungsgengpässe, in: Wirtschaftsdienst, 102. Jg., Nr. 2, S. 123–126

Bardt, Hubertus et al., 2019, Konjunktur tritt auf der Stelle – IW-Konjunkturprognose und Konjunkturumfrage Winter 2019, in: IW-Trends, 46. Jg., Nr. 4, Onlineausgabe Nr. 2.2019, S. 3–7

Bardt, Hubertus et al., 2020, Gewaltiger Einbruch und nur allmähliche Erholung, IW-Konjunkturprognose Frühsommer 2020, IW-Report, Nr. 25, Köln

Beznoska, Martin / Hentze, Tobias / Hüther, Michael, 2021, Zum Umgang mit den Corona-Schulden – Simulationsrechnungen zur Schuldenstandquote, IW-Policy Paper, Nr. 7, Köln

Beznoska, Martin / Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2020, Stabil durch die Krise? Verteilungsfolgen der Corona-Pandemie – eine Mikrosimulationsanalyse, IW-Report, Nr. 65, Köln

BMF – Bundesministerium der Finanzen, 2019, Ergebnis der 156. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 28. bis 30. Oktober 2019 in Stuttgart, Berlin

BMF, 2021a, Ergebnis der 161. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 9. bis 11. November 2021 in Berlin / Videokonferenz, Berlin

BMF, 2021b, Vorläufiger Abschluss des Bundeshaushalts 2020, in: BMF-Monatsbericht, Januar, S. 37–58

BMF, 2021c, Entwicklung der Länderkernhaushalte bis einschließlich Dezember 2020, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderhaushalte/2020/Entw_Laenderhaushalte_12_2020.pdf?__blob=publicationFile&v=3#:~:text=Das%20Bundesministerium%20der%20Finzen%20legt,bis%20einschlie%C3%9Flich%20Dezember%202020%20vor.&text=Ende%20Dezember%20betrug%20der%20Finan,um%20rund%202%2C4%20Mrd [22.2.2022]

BMF, 2022a, Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten und Gebietskörperschaften (aktuelle Ergebnisse), https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/1-kassenmaessige-steuereinnahmen-nach-steuerarten-und-gebietskoerperschaften.html [22.2.2022]

BMF, 2022b, Vorläufiger Abschluss des Bundeshaushalts 2021, in: BMF-Monatsbericht, Januar, S. 23–47

BMF, 2022c, Entwicklung der Länderkernhaushalte bis einschließlich Dezember 2021, Entwicklung der Kernhaushalte der Länder bis einschließlich Dezember 2021 (bundesfinanzministerium.de) [22.2.2022]

Brümmerhoff, Dieter / Grömling, Michael, 2015, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 10. Aufl., Berlin / Boston

Diermeier, Matthias / Hüther, Michael / Obst, Thomas, 2021, Wunsch und Wirklichkeit: Kaum Ausgaben-spielräume in der neuen Legislaturperiode. Zwischen Schuldenbremse und Steuererhöhungen, IW-Report, Nr. 33, Köln

Eberly, Janice / Haskel, Jonathan / Mizen, Paul 2021, Potential Capital, Working from Home, and Economic Resilience, NBER Working Paper Nr. 29431, Washington, D.C.

European Commission, 2021, European Economic Forecast. Winter 2021. European Economy Institutional Paper, Nr. 144, Brüssel

Glyn, Andrew, 2009, Functional Distribution and Inequality, in: Salverda, Wiemer / Nolan, Brian / Smeeding, Timothy (Hrsg.), Oxford Handbook of Economic Inequality, Oxford, S. 101–126

Grömling, Michael, 2019, Messung und Interpretation der makroökonomischen Einkommensverteilung, in: Mink, Reimund / Voy, Klaus (Hrsg.), Gesamtwirtschaftliche Einkommensbegriffe, Produktion und Einkommen im sozialpolitischen Kontext, Berliner Beiträge zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Bd. 3, Marburg, S. 317–338

Grömling, Michael, 2020, Soziale Marktwirtschaft und inklusiver Strukturwandel, in: Grömling, Michael / Taube, Markus (Hrsg.), Reflexionen zur Sozialen Marktwirtschaft. Eine Festschrift für Wolfgang Quaisser, Marburg, S. 339–352

Grömling, Michael, 2021, COVID-19 and the Growth Potential, in: Intereconomics, 56. Jg., Nr. 1, S. 45–49

Grömling, Michael, 2022, Ökonomische Verluste nach zwei Jahren Corona-Pandemie, IW-Kurzbericht, Nr. 3, Köln

Grossman, Gene / Oberfield, Ezra, 2022, Trying to account for the decline in the labour share, VoxEU/CEPR, 13.1.2022, Brüssel / London

Hüther, Michael / Diermeier, Matthias / Goecke, Henry, 2021, Erschöpft durch die Pandemie. Was bleibt von der Globalisierung?, Heidelberg

Kuhn, Michael et al., 2021, Die Wirtschaft im Schatten der Corona-Pandemie. Erste Ergebnisse zur gesamtwirtschaftlichen Lage im Jahr 2020, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 1, S. 34–48

The Economic Impact of the Covid19 Pandemic in Germany: An Economic Assessment after Two Years

Two years after its first appearance in Germany, the Covid19 pandemic continues to dominate both everyday life and the economy. Even if overall economic performance returns to pre-crisis levels in the course of 2022, much will still have been lost compared to a situation without the pandemic. An initial assessment of the economic consequences of Covid19 reveals a robust labour market. Over the year 2021, the main trend was an increase in employment while jobless numbers declined. In both cases the current rates are close to pre-crisis levels, and it is only the number of long-term unemployed which clouds the labour market balance. Due to this recovery, pay levels and corporate and investment income rates have recently been no lower than before the crisis. However, they would have been higher, had there been no pandemic. In the past two years, the real shortfall in value-added in Germany can be estimated at just under 340 billion euros. Of this, around 300 billion euros was in lost consumption. If the pandemic had not occurred, investments would have been a good 60 billion euros higher. In the second year of Covid, pandemic-related government spending and foreign trade considerably mitigated the shortfall in demand. The pandemic abruptly interrupted the consolidation of the German national budget. The budget deficit rose sharply as collapsing tax revenues coincided with an increase in government spending. However, compared to the global financial crisis of 2008/2009, when the debt-to-GDP ratio rose to 82 per cent, the current national debt is much more modest at just under 70 per cent of nominal GDP.